



Interviews

Datum: 24. November 2024

Stepan Detjen im Gespräch Lars Klingbeil, SPD-Ko-Vorsitzender

Detjen: Das Interview der Woche mit Stephan Detjen am Tag, bevor der SPD-Parteivorstand, Olaf Scholz, den amtierenden Bundeskanzler, zum Kanzlerkandidaten seiner Partei küren soll. Nach Tagen und Wochen innerparteilichen Haderns, ob der Chef einer gerade gescheiterten Regierung der Richtige ist, um die Partei zu einem Erfolg bei der Bundestagswahl am 23. Februar zu führen. Was immer die SPD dann als Erfolg oder Misserfolg für sich reklamieren kann oder muss, verantwortlich dafür wird besonders, übrigens an seinem Geburtstag, auch der Ko-Vorsitzende der SPD gemacht, Lars Klingbeil. Heute ist er bei uns im Deutschlandfunk-Hauptstadtstudio zu Gast. Herzlich willkommen, danke, dass Sie sich an diesem Sonntagvormittag Zeit genommen haben.

Klingbeil: Hallo, Herr Detjen, vielen Dank für die Einladung.

Detjen: Herr Klingbeil, der Juso-Bundesvorsitzende, Philipp Türmer, hat die Kandidatendebatte in der SPD beim Juso-Bundeskongress am Wochenende als „Shit Show“ bezeichnet. Wie würden Sie das in sendefähiges Deutsch übersetzen.

Klingbeil: Ich glaube, alle, die gerade darauf gucken aus der SPD, wissen, dass es eine schwierige Woche war, wissen auch, dass man es hätte anders machen müssen. Ich frage mich natürlich auch die ganze Zeit als Vorsitzender, an welchen Stellen hätte man anders agieren müssen, wo hätte man anders agieren können? Ich will Ihnen hier aber schon auch deutlich sagen, wir hatten eine feste Verabredung. Auch, dass wir uns nach der Brasilienreise des Bundeskanzlers Zeit nehmen, im engsten Kreis über die Fragen zu reden. Es gab öffentliche Debatten. Es gab parteiinterne Diskussionen, und mein Führungsanspruch ist schon, dass man auch in die Partei hineinhorcht, dass man Debatten führt, dass man auch in unterschiedlichen Szenarien denkt. Und diese Zeit wollten wir uns nehmen, um dann eben am Montag auch in die Parteivorstandssitzung hineinzugehen. Es hat dann, während der Kanzler in Brasilien war, so eine öffentliche Diskussion an Fahrt aufgenommen. Deswegen war jetzt auch richtig, dass es Klarheit gibt. Ich hätte mir die Woche auch anders vorgestellt, aber jetzt ist auch richtig, dass es Klarheit gibt. Und jetzt sind alle auch gemeinsam in der Pflicht, den Schalter umzulegen und zu gucken, dass wir in den Wahlkampf starten.

Detjen: Sie sagen, Sie fragen sich auch selbst, ob man etwas hätte anders machen müssen. Das ist ja eine Frage, die sich an die Führung richtet. Ihr Vorgänger im Parteivorsitz, Sigmar Gabriel, sagt heute in der Frankfurt Allgemeinen Sonntagszeitung: „Wenn man sieht, wie schnell jetzt auf einmal die Entscheidung gefallen ist, kann man sich schon fragen, warum die SPD-Spitze das so lange hat treiben lassen.“ Die Frage geht an Sie.

Klingbeil: Ja, weil es eine öffentliche Debatte gab, habe ich ja gerade gesagt, weil es eine parteiinterne Debatte gab, die ja dann zusätzlich öffentlich wurde, und ich bin fest davon überzeugt, dass das nicht funktioniert hätte, wenn man einfach von oben sagt, wir machen jetzt den Deckel drauf, und jetzt ist das so.

Detjen: War das nicht die Hoffnung? Wir haben ja gesehen, das war ja nicht eine Sache von Stunden oder Tagen, sondern das hat sich ja lange aufgebaut. Rolf Mützenich, der Fraktionsvorsitzende, sprach vor über einer Woche von einem Grummeln, und dann war irgendwann sehr schnell klar, das ist viel, viel mehr.

Klingbeil: Genau, und das muss man auch einmal, und die Kraft braucht man, das alles zu durchbrechen. Es wäre jetzt, glaube ich, ein schlechter Rat gewesen, dem Bundeskanzler zu sagen, du fliegst jetzt nicht nach Brasilien zum G20-Gipfel. Und insofern war das die klare Verabredung, wir nehmen uns danach die Zeit. Wir kommen dann zusammen, der Fraktionsvorsitzende, die Parteivorsitzenden, Generalsekretär, Bundeskanzler, auch Boris Pistorius, der ja auch Gegenstand in der öffentlichen Debatte war, und dann gucken wir, wie wir gemeinsam mit der Situation umgehen. Diese Klarheit gibt es jetzt. Jetzt wird es am Montag, da bin ich mir sicher, auch ein eindeutiges Ergebnis für Olaf Scholz geben. Und dann geht es jetzt in die Auseinandersetzung, in die Auseinandersetzung mit Friedrich Merz und der Union. Das wird ein Richtungswahlkampf. Da gibt es fundamentale Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten, auch zwischen dem Programm, und darauf konzentrieren wir uns jetzt.

Detjen: Aber die Geschichte geht ja lange zurück. Olaf Scholz, ich habe noch einmal nachgeschaut, hat sich vor, auf den Tag genau, vier Monaten, am 24. Juli hier in dem Haus, in dem wir jetzt sitzen, hier unten in der Bundespressekonferenz, bei der traditionellen Sommer-Pressekonferenz, selbst zum Kanzlerkandidaten seiner Partei ausgerufen. Also war das auch vom Bundeskanzler verfrüht? Oder, wenn man das akzeptiert, wenn man gesehen hat, `das ist der Olaf`, hätte sich die Parteispitze da nicht viel früher, viel entschiedener hinter ihn stellen müssen, das klar machen müssen, da gibt es keine Diskussion mehr?

Klingbeil: Also, Herr Detjen, ich habe nun sehr klar, ich als Parteivorsitzender, Saskia Esken, Rolf Mützenich, wir haben sehr klar in jedem Interview unmissverständlich gemacht, wo wir stehen, dass wir den Bundeskanzler unterstützen, dass wir mit ihm in diesen Wahlkampf ziehen wollen und ziehen werden, dass wir kämpfen werden, aber trotzdem war ja durch Ihre Kollegen eine Debatte da, durch dann auch Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion war eine Debatte da.

Detjen: Wir haben in die Partei hineingehört. Es war nicht zu überhören, was los war!

Klingbeil: Und das muss man dann an dieser Stelle auch nicht durch ein Basta, wie das der Führungsstil von anderen gewesen wäre, sondern durch einen gemeinsamen Weg klären. Das war verabredet für die Zeit nach der Brasilienreise. Diese Klärung hat es jetzt gegeben, und wissen Sie, ich habe am Wochenende jetzt auch viel telefoniert, auch mit Kritikern und denen, die gesagt haben, sollen wir nicht vielleicht doch eine andere Variante wählen. Und die waren jetzt alle sehr klar. Die Entscheidung ist gefallen, wir stehen dahinter. Es geht jetzt darum, geschlossen auch in diesen Wahlkampf zu ziehen. Jeder weiß, wie schwierig die Ausgangsvoraussetzung auch ist, und jeder weiß, wie schwierig die Ausgangslage ist, aber wenn die SPD etwas kann, dann ist das Aufholjagd, und da habe ich jetzt wirklich das gute Gefühl auch, dass alle mit dabei sind, dass alle mithelfen, und dass die Aufholjagd jetzt beginnt.

Detjen: Helfen die wirklich mit? Sie haben es erzählt: Sie hatten Tuchfühlung mit der Basis, zum Teil auch öffentlich, zum Beispiel bei einer Konferenz von SPD-Kommunalpolitikern Ende letzter Woche. Der Tagesspiegel hat das so beschrieben: „Scholz redet schlicht, als wäre nichts gewesen.“ Und als Sie, Lars Klingbeil, ihn dann zum Kanzlerkandidaten dort ausgerufen haben, sei der Applaus mau geblieben, und zwar von Leuten, die Sie jetzt sprichwörtlich im eiskalten Winter auf die Straße bringen müssen, um Plakate zu kleben.

Klingbeil: Als der Bundeskanzler mit seiner Rede fertig war, gab es Standing Ovationen. Also das zeigt ja auch, dass da auch bei den Bürgermeistern, bei den Landräten, bei den Vertreterinnen und Vertretern in der Kommunalpolitik, dass da eine große Unterstützung ist. Ich habe es gehört am Wochenende vom Landesparteierrat in Nordrhein-Westfalen, und Sie wissen auch durch öffentliche Äußerungen, wie kritisch Nordrhein-Westfalen durchaus gewesen ist. Ich habe es bei mir in Niedersachsen erlebt auf dem Parteitag in Weser-Ems. Also da gibt es eine Geschlossenheit, da gibt es auch wirklich einen Willen, zusammenzustehen. Es ist in Ordnung, dass es auch in diesen schwierigen Zeiten Diskussionen gibt, dass die stattgefunden haben, aber klar ist eben auch, diese Debatten sind jetzt vorbei. Es wird morgen ein gutes Ergebnis für Olaf Scholz geben. Und jetzt geht es um das, was wichtig ist in den nächsten knapp 90 Tagen, nämlich zu zeigen, diese Partei kämpft. Sie kämpft für die Rentnerinnen und Rentner. Sie kämpft für bessere Löhne in diesem Land. Sie kämpft für die Familien, die durchaus in schwierigen Situationen ja in vielen Stellen sind, und sie kämpft auch für eine bessere Infrastruktur in diesem Land. Das ist die Haltung der Partei. Und da kann jeder gerne jetzt seine Abgesangs-Geschichten schreiben, und ich kenne das aus vorherigen Wahlkämpfen, die SPD wird überraschen. Und ich sage Ihnen auch, Olaf ist schon häufig unterschätzt worden. Und auch der wird zeigen, es geht anders, als es gerade der Fall ist.

Detjen: Aber Sie waren auch derjenige, der schon im Sommer gesagt hat: das Jahr 2021, wo dieser Olaf Scholz das Versprechen eingelöst hat, aus einer scheinbar aussichtslosen Position, ähnlich wie jetzt, zum Kanzler zu werden, Sie haben gesagt, `das wird sich nicht wiederholen`.

Klingbeil: Das ist auch so. Keine Wahl kann wiederholt werden, aber wenn ich auf alle Wahlkämpfe gucke, die ich erlebt habe, übrigens auch Landtagswahlkämpfe..., ich bin ja Niedersachsen. Wir hatten auch schon einmal mit einer vorgezogenen Neuwahl zu tun, da war Stephan Weil auch abgeschrieben. Da hat keiner mehr geglaubt, dass er das dreht. Und am Ende hat er das aber gezeigt. Wir haben das gerade in Brandenburg erlebt mit Dietmar Woidke. Also wenn die Partei wirklich etwas kann, dann ist es kämpfen. Und vor allem, es ist der Kampf für die Sache. Das ist der Kampf für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Und vielleicht kommen wir da gleich auch darauf. Es gibt ja fundamentale Unterschiede. Das will ich noch einmal sagen, ein Friedrich Merz auf der einen Seite, der sagt, die Leistungsträger dieses Landes, das sind die Besserverdienenden, und auf der anderen Seite Olaf Scholz und die SPD, die sagen, nein, Leistungsträger dieser Gesellschaft sind schon die Pflegekräfte, sind die Erzieherinnen, sind die Polizistinnen und Polizisten, die Lehrer, die im Handwerk oder an der Supermarktkasse arbeiten, die das Land am Laufen halten. Also sich darauf jetzt zu konzentrieren, das ist die Aufgabe der nächsten Wochen. Es gibt jetzt ein Wahldatum, es gibt jetzt die personelle Aufstellung der SPD, und jetzt geht es um die Themen, und da wird die Auseinandersetzung mit der Union und Friedrich Merz sehr spannend.

Detjen: Die Themen, die Sie jetzt genannt haben, das sind die klassischen sozialdemokratischen Themen, die Sozialthemen, auch die wirtschaftspolitischen Fragen sicher, aber das Erstaunliche an dieser Debatte, die die Partei geführt hat, die sich ja am Ende auf die Figuren Scholz und Pistorius zugespitzt hat, war ja, dass es da nach außen scheinbar um Popularitätswerte geht: hier der Kanzler im Umfragetief, da der beliebteste Politiker Deutschlands nach Umfragen, der Verteidigungsminister. Aber wenn man es sich genau vor Augen führt, stehen die beiden ja in einem zentralen Thema, das den Wahlkampf auch prägen soll, nämlich der Verteidigungspolitik, der Frage der Unterstützung der Ukraine, für unterschiedliche Ansätze. Also hat die SPD da selbst auch noch in diesem wichtigen Thema eine Richtungsfrage zu klären?

Klingbeil: Also ich habe diese Interpretation der Richtungsfrage ja häufig gelesen, aber ich kann Ihnen nur sagen, auch an dem Tag, als die Entscheidung getroffen wurde, nachdem Pistorius nun mitgeteilt hat, dass er nicht zur Verfügung steht und dass er das nicht anstrebt, Kanzlerkandidat zu werden, saßen wir danach ja auch zusammen und haben dann noch abgesprochen, wie man jetzt auch medial damit umgeht, aber das war wirklich nie Thema. Es gibt ein gemeinsames Verständnis in der SPD, und da gehört der Bundeskanzler zu, der Verteidigungsminister, dass wir an der Seite der Ukraine stehen, dass wir sie unterstützen. Das ist doch deutlich gewor-

den durch vieles, was Olaf Scholz in dieser Regierung entschieden hat. 100 Milliarden Sondervermögen, Waffenlieferung, wir sind mit Abstand der größte Waffenlieferant in Europa, dass der Weg weitergeht, die Bundeswehr zu stärken, ist für uns auch völlig klar. Das sehen wir gemeinsam so, das wird auch im Regierungsprogramm natürlich eine Rolle spielen. Und ich will Ihnen einen Satz auch noch sagen. Boris Pistorius wird eine starke Rolle spielen in diesem Wahlkampf. Also wir haben den Bundeskanzler, der marschiert vorne weg, und dahinter steht ein Team. Und zu diesem Team gehört Boris Pistorius als Verteidigungsminister. Und wenn ich auf Friedrich Merz gucke, dann marschiert der, und dahinter kommen Leute wie Jens Spahn, Julia Klöckner und wahrscheinlich wieder ein CSU-Verkehrsminister. Und wir haben alle noch in Erinnerung, was das bei Andi Scheuer hieß, wenn die Verantwortung tragen. Und deswegen sehr klar, wir gehen jetzt als Team in diesen Wahlkampf, da gehört Boris Pistorius mit dazu. Und die Differenzen, die man manchmal uns unterstellt in der Frage, unterstützt man die Ukraine, oder wie ernst meint man das mit der Modernisierung der Bundeswehr, da hat Boris Pistorius immer grünes Licht vom Kanzler gehabt, die Bundeswehr zu modernisieren, das aufzuholen, was viele, viele Jahre liegengeblieben ist. Und dieser Weg wird gemeinsam weitergehen.

Detjen: Aber jetzt muss man es für den Wahlkampf ja auch prägnant machen. Und da hat man einen Bundeskanzler, der ebenfalls hier, bei dieser schon erwähnten Sommer-Pressekonferenz im Juli gesagt hat, er wird wieder Plakate machen, wo Frieden darauf steht. Und da gibt es den Verteidigungsminister, Boris Pistorius, der eine wichtige Rolle spielen soll. Der sagt, `die Bundeswehr muss kriegstüchtig gemacht werden. Jetzt werden in der SPD-Parteizentrale gerade die Plakate entworfen. Was steht darauf?

Klingbeil: Es geht erst einmal in diesem Wahlkampf um ganz andere Themen. Es geht um die Frage von wirtschaftlicher Stärke und wie erreichen wir die. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es geht für mich auch sehr zentral um die Frage, wie können wir höhere Löhne für die Menschen, die fleißig sind, die anständig sind, die jeden Tag aufstehen, in diesem Land erreichen, stabile Renten. Und ich will Ihnen sagen, zentrales Thema wird auch die Frage, wie stärken wir Familien. Das ist, wenn ich im Land unterwegs bin, eines der häufigsten Themen, dass gerade junge Eltern mir die Herausforderungen beschreiben, was das bedeutet, wenn am Montag der Anruf aus der Kita kommt, dass die für den Rest der Woche ausfällt und man dann jonglieren muss, man gucken muss, wie man das eigene Leben organisiert. Das sind Themen, um die sich dieser Wahlkampf drehen wird. Die Frage, wie groß das Thema der Ukraine, der Sicherheit wird, das entscheidet sich ja nicht dadurch, dass wir Plakate drucken oder wir das in Reden sagen, sondern das entscheidet sich dann wahrscheinlich auch ab dem 20. Januar um die Frage, wie stark wird Donald Trump als neuer US-Präsident dieses Thema setzen. Also das ist keines, was ich für

den Wahlkampf suche. Es kann sein, dass es im Wahlkampf eine Rolle spielt. Ich erlebe jetzt in diesen Tagen, dass auch von FDP, von Union überlegt wird, ob man das Taurus-Thema noch einmal hochzieht im Wahlkampf.

Detjen: Aber das macht doch der Bundeskanzler! Der Bundeskanzler hat das gesagt, hat das in seiner Rede im Bundestag noch einmal hochgezogen, indem er sich pointiert geäußert hat und gesagt hat, den Taurus...

Klingbeil: Es gibt Entscheidungen des Bundeskanzlers, aber ich erlebe gerade von anderen politischen Kräften, dass sie überlegen, ob sie jetzt diese Fragen noch einmal zur Abstimmung im deutschen Bundestag stellen.

Detjen: Als Antwort auf den Bundeskanzler.

Klingbeil: Und natürlich ist doch klar, dass man dann darauf reagieren muss, aber die Kanzlerentscheidung über die Frage Taurus ist getroffen worden. Ich stehe auch zu dieser Entscheidung. Boris Pistorius steht zu dieser Entscheidung. Sie werden da keine relevanten Kräfte in der Führung der SPD erleben, die diese Entscheidung des Bundeskanzlers infrage stellen, und trotzdem hat die SPD, hat der Bundeskanzler, hat der Bundesverteidigungsminister nicht sich irgendwo zu verstecken, was die Unterstützung der Ukraine, die Unterstützung der Bundeswehr angeht. Da sind wir glasklar, und dieser Weg, das ist auch klar, der wird konsequent weitergehen.

Detjen: Aber ich will noch einmal dieses Dilemma ansprechen, im Europawahlkampf haben wir das erlebt: Da macht die SPD einen Wahlkampf, schreibt Frieden auf die Plakate, und die Leute merken, das ist der Bundeskanzler, der gerade, so wie Sie auch als Parteivorsitzender sagen, der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine ist. Jetzt kommt ja noch etwas anderes dazu. Jetzt verspricht der Bundeskanzler Waffenlieferungen für Benjamin Netanjahu in Israel, der gerade vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen mit Haftbefehl gesucht wird. Da ist doch ein Dilemma.

Klingbeil: Jetzt ist das der Sprung von dem einen Thema zum anderen. Natürlich ist die Frage Nahost und die Auseinandersetzung, die wir gerade zwischen Israel und Palästina oder den palästinensischen Gebieten haben, eine, die auch hier die Gesellschaft zerreißt, aber es gibt ein paar Sachen, die für mich klar sind. Für mich ist klar, wir stehen in Solidarität zum Staat Israel. Das heißt übrigens, und das will ich hier explizit sagen, wir stehen nicht in Solidarität zur Regierung Netanjahu. Das kann ich zumindest für mich sagen. Da gibt es vieles, was ich verurteile, was ich für falsch empfinde, und Waffenlieferungen erfolgen nach klaren Kriterien. Und ein Kriterium ist, dass man sich an Völkerrecht hält, dass die Länder, die Waffen geliefert bekommen, sich auch an Völkerrecht halten. Da gibt es klare Verabredungen auch mit der israelischen Regierung, aber wissen Sie, ich kann mir keine Situation vorstellen, wo der Staat Israel angegriffen wird von den Feinden des Staates Israels, die Existenz Isra-

els auslöschen wollen und am Ende vielleicht so ein Angriff erfolgreich ist, so ein Angriff Erfolge haben kann und ein Grund dafür ist, dass wir Israel nicht unterstützt haben. Das alles natürlich auf der einen Seite, und auf der anderen Seite sehen wir das Vorgehen Israels in den palästinensischen Gebieten, wie dort auch gegen Zivilbevölkerung agiert wird, und da habe ich als Parteivorsitzender schon sehr früh klargemacht, dass ich finde, dass hier das völkerrechtliche Agieren nicht mehr im Verhältnis steht.

Detjen: Was heißt das für die aktuelle Frage, mit der die Bundesregierung konfrontiert ist, wenn Sie sagen, das Völkerrecht gilt? Und wenn ich Sie richtig verstehe, wie der Bundeskanzler auch sagt: Sie haben keinen Zweifel daran, dass sich Israel auch bei der Kriegsführung in Gaza an das Völkerrecht hält, für den aktuellen Haftbefehl?

Klingbeil: Ich habe das ja gerade anders gesagt.

Detjen: Nein, der Bundeskanzler hat gesagt, hat mehrfach gesagt, er hat keinen Zweifel, dass sich Israel bei seiner Kriegsführung an das Völkerrecht hält. Also Sie haben auch keine Zweifel?

Klingbeil: Ich will für mich nur sagen, ich habe Zweifel daran, dass die Verhältnismäßigkeit gegeben ist im Vorgehen Israels in den palästinensischen Gebieten. Und das habe ich auch nicht zum ersten Mal gerade deutlich gemacht.

Detjen: Dazu noch die Frage: Internationaler Strafgerichtshof. Die Bundesregierung ist einer klaren Antwort darauf, wie sie jetzt damit umgeht, ob sie sich an das Völkerrecht hält, im Notfall auch Netanjahu verhaften würde, bisher ausgewichen. Die prüfen noch.

Klingbeil: Ja, das muss auch geprüft werden. Das ist doch die Verantwortung der Bundesregierung. Das will ich ja gerade beantworten.

Detjen: Wie steht die SPD zum Völkerrecht, auch wenn es zu solchen Entscheidungen führt?

Klingbeil: In Zeiten, wo Donald Trump zurückkommt, und der wird noch einmal massiv versuchen, die internationale regelbasierte Ordnung ins Wanken zu bringen, ist es umso wichtiger, dass wir uns auch klar zum Völkerrecht und den Regeln des Völkerrechts bekennen. Und insofern gibt es für mich keine Debatte darüber, ob man ein Vorgehen auch des Internationalen Strafgerichtshofs anerkennt oder nicht. Da bin ich sehr klar, und das muss jetzt auch mit der israelischen Regierung besprochen werden, wie man dann da vorgeht.

Detjen: Mit der israelischen Regierung? Oder ist das eine Sache, die sich durch das Völkerrecht einfach beantwortet? Da ist ja eine klare Lage. Der Internationale Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl erlassen.

Klingbeil: Ja, aber jetzt ist ja die Frage, wie werden wir weiter auch die Kontakte haben. Es ist ja wahnsinnig wichtig, dass wir mit Israel im Austausch sind, dass man mit der Regierung Netanjahu, natürlich bei aller Kritik, die ich habe, im Austausch ist, aber dass es diesen Strafbefehl jetzt gibt und dass ich auch finde, dass Deutschland da klar sein muss, dass wir nicht Völkerrecht und solche Urteile und den Internationalen Strafgerichtshof infrage stellen, das gilt für mich.

Detjen: Das Deutschlandfunk-Interview der Woche mit dem SPD-Vorsitzenden, mit Lars Klingbeil. Sie haben es schon angedeutet, Herr Klingbeil, der Wahlkampf wird ganz maßgeblich geprägt sein von den wirtschaftlichen Themen, der Krise der deutschen Industrie, den Fragen, wie die Politik darauf antwortet. Die traditionelle Antwort der SPD ist, Schulden machen, Subventionen für die Industrie zahlen, Härten für die Bürger staatlich abfedern. Geht das noch, wenn die Ursachen der Krise viel tiefer liegen und ihre Behebung wahrscheinlich auch tiefe und schmerzhaft Einschnitte mit sich bringen muss?

Klingbeil: Also erst einmal bin ich sehr klar darin, dass die nächste Bundesregierung sich auf die großen Themen konzentrieren muss, dass sie auch den klaren Willen haben muss, wirklich maßgebliche Dinge in diesem Land zu verändern. Und ich will Ihnen die vier Punkte nennen, um die es geht. Das Erste ist für mich in der Tat, Sie haben es gerade gesagt, die Frage von wirtschaftlicher Stärke und die Sicherung von Arbeitsplätzen, das Zweite die Sicherheit nach innen und außen. Und dann geht es natürlich auch für mich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und es geht dann auch um Fragen der Modernisierung des Landes, also wie können wir dafür sorgen, dass der Staat funktioniert. Und gerade beim letzten Punkt, ich habe die Woche mit Bürgermeistern zusammengesessen, die berichten mir, dass allein, um den Status quo zu erhalten, wir 188 Milliarden an Investitionen brauchen, nur damit der Status quo in diesem Land funktioniert. Jetzt kann man gerne wie Friedrich Merz und Christian Lindner das tun, den Bürgermeistern sagen, ihr müsst nur die Regeln ändern und Bürokratie abbauen, und dann wird das alles funktionieren, aber ich sage Ihnen sehr klar, dass ich wirklich fest davon überzeugt bin, wir brauchen mehr Investitionen in die Infrastruktur dieses Landes, in die Kommunen, in die Bahn, in die Straßen, in die digitalen Netze. Und das wird am Ende auch die wirtschaftliche Kraft in diesem Land stärken. Und deswegen geht es nicht, wie Sie es jetzt gerade in der Einleitung so ein bisschen pauschal gesagt haben, darum irgendwie, dass man toll findet, wenn man neue Schulden macht, aber ich möchte, dass wir die Schuldenbremse, die ich als riesige Investitionsbremse in diesem Land sehe, dass wir sie reformieren und dafür sorgen, dass Deutschland ein starkes Land bleibt. Und dafür kommt es unter anderem darauf an, dass mehr investiert wird in die Leistungsfähigkeit dieses Landes.

Detjen: Ich halte Ihnen die Position der SPD noch einmal aus einer anderen Sicht vor, noch einmal Sigmar Gabriel. Der sagt: der Sozialstaat erscheine für die SPD immer als bürokratischer Sozialhilfestaat, und die SPD habe immer neue Ideen entwickelt, wie diese Sozialhilfementalität weiter entwickelt werden könne. Und so kann es

nicht weitergehen. Also das ist der ehemalige Parteivorsitzende. Und ist das eine Selbstkritik, eine Aufforderung zu Selbstkritik, die Sie jetzt als Nachfolger einfach ignorieren können?

Klingbeil: Lassen Sie uns bei den Themen bleiben, die ich gerade angesprochen habe. Ich habe gerade von Infrastruktur geredet, ich habe von der Bahn geredet. Ich habe davon geredet, dass die Netze funktionieren müssen, dass die Brücken tragen, dass die Straßen funktionieren. Ich meine, jeder, der heute in der Deutschen Bahn unterwegs ist, weiß, was ich meine, wenn ich sage, da ist ein Investitionsstau, und den müssen wir auflösen. Das ist doch das, wovon ich rede. Und das ist das auch, worum es in der nächsten Legislaturperiode gehen wird. Übrigens, das sieht auch jeder CDU-Ministerpräsident in diesem Land mittlerweile so, dass da mehr investiert werden muss. Also wenn wir wollen, dass das ein starkes Land bleibt, dann müssen wir heran an die Investitionen. Das sind für mich Privatinvestitionen, das will ich auch noch einmal explizit sagen, aber es geht auch um öffentliche Investitionen. Da hat diese Regierung unter Olaf Scholz angefangen. Das sind enorme Summen, die gerade investiert werden, aber wissen Sie, da nehme ich jetzt einmal Sigmar Gabriel heraus, aber jeder, der wirklich Ahnung von dem Thema hat als Wirtschaftsweiser, als die ganzen auch Experten im Bereich der Wirtschaftspolitik, auch die konservativen Experten im Bereich der Wirtschaftspolitik sagen alle, es muss mehr investiert werden. Es geht auch um die Schuldenbremse dabei, und das ist doch das, was wir umsetzen sollen.

Detjen: Aber dann spitzt sich der Wahlkampf auf eine Auseinandersetzung zu zwischen Positionen, wie Sie sie vertreten, die sagen, wir müssen den Staat wieder fit machen, und dann kommt irgendwann auch die Wirtschaft. Und der CDU, der FDP, die sagen wird, nein, die Leistungskraft kommt in diesem Land seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der Wirtschaft. Die muss ertüchtigt werden. Es müssen Steuern runter, es müssen die Energiepreise runter, es muss die Bürokratie abgebaut werden. Erst wenn die Wirtschaft wieder ins Rollen kommt und diese Strukturkrise überwindet, kann auch der Staat sich selbst sanieren.

Klingbeil: Aber, Herr Detjen, das ist jetzt ein spannender Gegensatz, den Sie aufmachen, den ich so nicht akzeptieren kann. Die Wirtschaft will doch auch einen leistungsfähigen Staat. Die Wirtschaft will doch auch Straßen, die funktionieren, Brücken, die tragen, eine digitale Infrastruktur. Wenn wir zum Beispiel über die Frage der Netze reden, also der Netzausbau, wie wird der eigentlich dringend gebraucht, und das geht nur, wenn der Staat dann mit dabei ist. Und deswegen ist doch die Grundlage auch für eine Wirtschaft, die funktioniert, und für wirtschaftliches Wachstum, das wir erreichen, dass es ein kluges Zusammenspiel von Staat und Markt gibt. Und wenn ich im Bereich der Energiepolitik bleibe, dann gucken Sie doch auf die Wirtschaft, dass die sagen, ihr müsst uns helfen bei den Energiekosten, die enorm gerade sind. Also diesen Gegensatz sehe ich überhaupt nicht. Für mich gehört die

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Frage, ob wir Arbeitsplätze in diesem Land sichern, neu schaffen und die Frage, ob der Staat funktioniert, das gehört in einen Topf. Und wissen Sie, bei der CDU höre ich ja immer nur, was nicht funktioniert und was man nicht will. Und ich weiß, was Friedrich Merz beim Thema Cannabis will, aber was er beim Thema wirtschaftliche Stärke will oder auch bei dem sozialen Zusammenhalt in diesem Land, wenn es um die Frage der Rentenstabilisierung geht, das weiß ich nicht. Und ich habe gerade das Gefühl, dass die Union versucht, so einen Wohlfühlwahlkampf zu machen. Da will man den Leuten nicht wirklich irgendwie etwas zumuten. Da will man nicht irgendwie etwas sagen, aber das werden wir nicht durchgehen lassen. Es muss eine Wahlauseinandersetzung sein über die Frage, wie blicken eigentlich alle, die da Verantwortung haben wollen, auf die Alltagsthemen. Da geht es um Arbeitsplätze, da geht es um wirtschaftliche Kraft, da geht es um Rente, da geht es um Familien, da geht es um Infrastruktur. Und diese Auseinandersetzung, die werden wir als SPD jetzt in den nächsten 90 Tagen treiben. Das sollen die Bürgerinnen und Bürger wissen, wie jeder, der da Verantwortung übernehmen will, darüber denkt. Und ich glaube, das wird eine sehr spannende Auseinandersetzung.

Detjen: Eigentlich war die Strategie zumindest von Olaf Scholz und auch der SPD ja eine andere, nämlich darauf zu setzen, dass man bis Ende September Zeit hat und einen Wahlkampf führen kann, in dem es dann am Ende wirklich höchst persönlich um die Frage geht, Scholz oder Merz, indem man dann Merz als den Mann des vergangenen Jahrhunderts, des Großkapitals, Black Rock gegen Scholz stellen kann, den Mann der Besonnenheit. Jetzt müssen Sie ja eigentlich einen Wahlkampf gegen jemanden machen, wo man realistischerweise sagen muss, am Ende müssen Sie ja auch die eigene Partei davon überzeugen, dass man möglicherweise unter einem Bundeskanzler Friedrich Merz wieder in eine Große Koalition eintritt.

Klingbeil: Also für mich geht es in diesem Wahlkampf um Kandidat, es geht um Team, und es geht um Programm. Zum Programm und zum Team habe ich jetzt schon ein bisschen was gesagt, aber natürlich geht es auch um Friedrich Merz auf der einen Seite und Olaf auf der anderen. Und das will ich schon sehr klar auch formulieren. Bei aller Kritik, die ich an Olaf Scholz höre, ich glaube, dass der Nerven hat, das muss er nicht mehr beweisen. Und gerade in Zeiten, die international so turbulent sind, ist das wichtig. Friedrich Merz war noch nie Bürgermeister, der war noch nie Landrat. Der hat noch nie in einer Landesregierung Verantwortung übernommen, noch nie in einer Bundesregierung. Wenn er Krisen hatte, dann ging es immer nur um ihn selbst, aber ob er in der Lage ist, Krisen zu bewältigen, die für die Menschen dieses Landes relevant sind, ob der in der Lage ist, eine Verwaltung und eine Regierung zu führen, das weiß niemand, aber ob der die Nerven auch behält in schwierigen Situationen, weiß auch niemand, aber dass Olaf Scholz sie behält, das weiß man schon. Und insofern wird es natürlich auch um die Person gehen. Es wird um Erfahrung gehen, es wird um die Frage der Nervenstärke gehen, und ich glaube, da ist Olaf Scholz schon deutlich im Vorteil gegenüber Friedrich Merz.

Detjen: Also, am 23. Februar, Herr Klingbeil, wie gesagt, an Ihrem Geburtstag, werden wir es wissen. Bis dahin ist noch einige Zeit, mal gucken, wofür es reicht, für die SPD, für das Land. Das war das Deutschlandfunk-Interview der Woche mit dem SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil, vielen Dank, Herr Klingbeil.

Klingbeil: Ich danke Ihnen.

Detjen: Hier geht es jetzt weiter mit dem Sonntagsspaziergang mit Laura Kingston. Stephan Detjen verabschiedet sich am Mikrofon.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.